



Neujahrsempfang der SPD Stadt und Land Schweinfurt: Kreisvorsitzender Kai Niklaus begrüßt die Zuhörer.

FOTO: GUIDO CHULECK

SPD: „Weiter so“ als falscher Weg

Neujahrsempfang von Sozialdemokraten aus Stadt und Landkreis bei der DJK Hergolshausen

Von unserem Mitarbeiter
GUIDO CHULECK

HERGOLSHAUSEN Die Rahmenbedingungen für Pflegeberufe, die Energiewende, die Satzung für den Ausbau von Straßen, aber auch die Sondierungsgespräche zur Bildung einer Regierung: solche Themen standen im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs der SPD für die Stadt und den Landkreis Schweinfurt.

Gastgeber war die DJK Hergolshausen, dessen Mehrzweckhalle mit 200 Besuchern zur Freude des Kreisvorsitzenden Kai Niklaus gefüllt war. „Zwischen den Jahren ist es Zeit für einen Rückblick und einen Ausblick“, begrüßte Niklaus seine Zuhörer, darunter viele geladene Gäste. Wie viele andere Politiker auch, so sieht Niklaus in einem „Weiter so“ den falschen Weg nach der Bundestagswahl. Durch die Zusammensetzung im Parlament „ist eine neue Zeit eingetreten, und wir brauchen eine andere Politik, um Antworten auf die Fragen der Bürger zu bekommen“.

Der durch „viele gute Neujahrsempfänge gestärkte“ Landrat Florian Töpfer präsentierte einige Zahlen. Etwa die 24 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und dass der Landkreis die Umlage der Kommunen um vier Punkte senken können. „Geld, das in den Gemeinden gut gebraucht werden kann“, sagte er. Einmal mehr verwies er auf den Neubau des Alfons-Goppel-Schulzentrums in Schweinfurt und dass diese 50 Millionen Euro als eine der größten Ausgaben des Kreises überhaupt sehr gut angelegt seien.

Stolz auf Helfer der Flüchtlinge

Um die Flüchtlinge, die der Kreis habe aufnehmen müssen, auch gut zu versorgen und sich um sie zu sorgen bis hin zu einer Integration, „dafür haben sich viele Ehrenamtler zur Decke gestreckt, und ich bin heute stolzer denn je auf das, was sie geleistet haben“. Das Ergebnis der Bundestagswahl habe gezeigt, „dass wir mehr miteinander reden müssen“. Diejenigen, die an die AfD verloren gegangen seien, müssen zurückge-

holt werden. „Deren Einzug in den Bundestag muss eine Ausnahme sein“, so Töpfer unter dem Beifall seiner Zuhörer, „wir können auf Dauer keine völkisch-nationalistischen Themen im Bundestag behandeln“.

Mit einem launigen Grußwort wandte sich Inge Aures (Kulmbach), Vizepräsidentin des bayerischen Landtages, an ihre Zuhörer. Die Bildung solle wieder einen höheren Stellenwert bekommen, im Flächenstaat Bayern sollten gerade in den ländlichen Gegenden mehr Polizisten zum Einsatz kommen, und es bräuchte mehr an bezahlbarem Wohnraum. „Klar hat uns Innenminister Herrmann mehr Polizisten versprochen“, so Aures, „aber dass diese tausend neuen Polizisten erstmal ausgebildet werden müssen, sagt er nicht, und er sagt auch nicht, dass gleichzeitig viele in Pension gehen“.

Zu wenig Lehrer

In zwei Talkrunden, moderiert von Radiomoderator Christian „Blacky“ Schwarz, stand zunächst

die Landes- und Lokalpolitik im Vordergrund. Inge Aures, die Landtagsabgeordnete Kathi Petersen und Peter Pfister, Bürgermeister von Wai-golshausen und Bezirkstagskandidat, bildeten die erste Runde. Zum Thema der Pflege bedauerte Petersen, dass dort die Löhne zu niedrig und die „Verweildauer in den Berufen“ zu kurz sei. In Punkto Bildung sprach Petersen von zu wenigen Lehrern und dass es an der Ausstattung der Schulen fehle. Peter Pfister wunderte sich, dass das „Zukunftsthema Energiewende“ zu wenig Berücksichtigung im Wahlkampf gefunden habe. „Durch die 10H-Regelung ist Vieles zum Stillstand gekommen“, sagte er. Die Straßenausbaubeitragsatzung sahen alle als Streitpunkte an. Natürlich bräuchten die Kommunen auch das Geld, so Petersen. Aber da die Freien Wähler, wie es „Blacky“ Schwarz sah, nun gegen diese Satzung seien, „ist es jetzt auch Markus Söder und die CSU“, merkte Petersen bissig an. Es sein ein großes Problem für viele Kommunen, die am Tropf des Staates hängen, so Au-

res, „dass sie kaum noch Geld für ihre Pflichtaufgaben haben und vom Staat nur dann Unterstützung bekommen, wenn sie diese Satzung haben – das ist schon fast Erpressung“.

Sozialdemokratische Ideen retten

Hinsichtlich der Sondierungsgespräche zwischen CSU, CDU und SPD erwies sich die Bundestagsabgeordnete Sabine Dittmar, „ebensowenig wie Sie hier, als Freund einer neuen großen Koalition“. Es gelte, so viele sozialdemokratische Ideen wie möglich zu retten, und es gehöre noch ein wenig mehr Fleisch dran. Es gebe Staaten, die schon länger als Deutschland auf eine neue Regierung haben warten müssen, sagte Kerstin Westphal. „Wenn aber ein geschäftsführender Minister eigenmächtig gegen die Regierungsvereinbarung über Glyphosat entscheidet, müssen wir in die Puschen kommen“, so ihr Argument. Beide waren sich einig: Kommt es zu Neuwahlen, würden die extremen Parteien dazugewinnen.